

1602/J

der Abgeordneten Dr. Kohl
und Kollegen
an den Bundeskanzler
betreffend Publizistikförderung für linksradikale und linksalternative
Zeitschriften

Die Bundesregierung hat sich mit einem Ministerratsvortrag des
Bundeskanzlers zur Publizistikförderung 1996 (Begutachtungszeitraum 1995)
auseinandergesetzt, wobei es bei vier Zeitschriften,

. die dem linksextremen oder linksalternativen Spektrum der politischen
Landschaft Österreichs zuzuordnen sind oder

. mit Publikationen kooperieren, die zu Gewalt oder Wehrdienstverweigerung
auffordern, oder

. mit dem links-anarchistischen TATBlatt in Verbindung stehen oder

. zumindest sich mit den genannten außerhalb des Verfassungsbogens, der
auch nach „links“ zu ziehen ist, befindlichen Aktivitäten der oben genannten
solidarisch erklären,

zu keiner Einigung innerhalb der Bundesregierung gekommen ist, weshalb der
Vortrag zurückgestellt wurde.

Die Regierungsmitglieder der ÖVP verlangten in diesem Zusammenhang die
Streichung von den vier Zeitschriften

1. anschläge,

2. AKIN,

3. Alternative und

4. Zoom (vormals ZAM und EKG (Europa Kardiogramm))
sowie Auskunft über die Gründe für die Nichtförderung der bisher
geförderten „Academia“ und der Zeitschriften „Christliche Demokratie“ und
„Couleur“

Bereits bei der Entscheidung über die Förderung für das Jahr 1995 hat die
Bundesregierung beschlossen, die Zeitschriften anschläge, EKG und ZAM
nicht zu fördern, weil diese Zeitschriften aus dem linksextremen Spektrum
stammen, weshalb der neuerliche Förderungsantrag für das Jahr 1996 für die
oben genannten Zeitschriften durch den Bundeskanzler verwunderlich
erscheint.

Die Zeitschriften ArbeiterInnenstandpunkt, Auf, Juridikum, Lambda,
RM - Revolutionärer Marxismus und Unitat erschienen zwar den ÖVP-
Regierungsmitgliedern ebenfalls nicht förderungswürdig und deren Aufnahme
in die Förderung bedenklich, waren aber SPÖ-Klubobmann Dr. Kostelka ein
derartiges Anliegen, daß die gesamte Publizistikförderung daran zu scheitern
drohte.

Die Dimension der von der SPÖ geplanten Förderung der linksradikalen, teils

gewaltbereiten Szene kann aus einem objektiven Standpunkt heraus nicht mehr vertreten werden. In Anbetracht der Radikalität der ersten vier genannten Zeitschriften ist der Standpunkt der ÖVP (aus der Sicht der politischen Mitte) verständlich.

Entgegen kolportierter Gerüchte hat die ÖVP die Förderung der vom Publizistikförderungsbeirat abgelehnten Zeitschriften Academia und Couleur - herausgegeben von katholischen Verbänden - nicht mit der Förderung der dem linksalternativen Spektrum zugeordneten Zeitschriften junktimiert, sondern lediglich den diesbezüglichen Verwaltungsakt überprüft. Beide Zeitschriften erfüllten im Berichtsjahr nicht die gesetzlichen Förderungsvoraussetzungen, weshalb die ÖVP eine Förderung dieser Publikationen ausschloß.

Jedenfalls sind die Koalitionspartner übereingekommen, diesbezügliche allgemein gültige Richtlinien im Bereich der Publizistikförderung festzulegen: diese Richtlinien sollen gleichermaßen gegen jede Gewalt und Demokratiegefährdung - gleichgültig ob von rechts oder links - gerichtet sein.

Folgende Druckwerke werden als problematisch eingestuft und von der ÖVP beanstandet:

1. ANSCHLÄGE

Es handelt sich dabei um ein feministisches, politisch linksorientiertes Magazin mit einem Hauptschwerpunkt „lesbische Frauen“. Die Verbindung mit dem TATblatt ergibt sich durch gegenseitige Inserate, woraus geschlossen werden kann, daß diese denselben linksradikalen Leserkreis erreichen wollen:

Inserate der anschlänge im TATblatt: 18. Jänner 1995, 13. Juli 1995 (nach Ebergassing !)

Inserat des TATblatts in den anschlängen: April 1995

Die Zeitschrift genießt darüber hinaus anscheinend eine breite Unterstützung durch die SPÖ: Im September und November 1995 findet sich ein Inserat des BM für Gesundheit und Konsumentenschutz, im Juni 1995 ein Inserat des BM f WFK und der AK sowie einige Beiträge von Johanna Dohnal im Jahr 1996. Bemerkenswert ist dabei, daß zwei SPÖ-Ministerien in der gleichen Zeitschrift und im selben Jahr wie das TATblatt inserierten.

2. AKIN

Ein linksextremes und linksanarchistisches Druckwerk, über das bereits diverse Belege aus dem Jahr 1993 den „Kampf gegen das bürgerliche System“, „Initiative für eine Revolutionäre Demo“, „Aufbau eines anarchistischen Netzwerkes“ und „Verbindungen zur RAF“ dokumentieren.

Verbindung zum TATblatt:

Akin 7. März 1995 : Im Mitteil der Ausgabe befindet sich die TATblatt-Ausgabe 3/95. Inhalt dieser Ausgabe ist der Prozeß „Haider gegen TATblatt“. Weiters findet man einen Artikel „Jetzt erst recht“ vom 25.4.1995 verfaßt vom Revolutionsbräuherhof .

Im Inhalt findet man den bezeichnenden Kommentar zu Ebergassing: „ Die traurige Wahrheit ist doch die : die beiden tatsächlichen Opfer sind Gregor Thaler und Peter Konicek - die angeblichen Täter. Die beiden sind nämlich tot.“

Akin 24. 10. 1995 (nach Ebergassing!): Ankündigung des Festes 7 Jahre TATblatt. Auch 1996 wird ein TATblattfest im Akin angekündigt.

1 Revolutionsbräuherhof: Österreichische Partei, kandidierte bei den ÖH-Wahlen. Als Zielsetzung wird die

Vertretung der revolutionären Kräfte, seien sie nun unter anderem verwaist, vertrottelt, versoffen oder vergiftet. angegeben. Das höchste Organ ist das revolutionäre Volkstribunal, wo jedes kämpferische Mitglied mit Stimme vertreten ist. Die Mitgliedschaft endet mit Austritt oder Ende der staatlichen Herrschaftssysteme.

1996 ermittelte die STAPO gegen diese Partei, es kam zu mehreren Hausdurchsuchungen.

Akin 9. Mai 1995 (nach Ebergassing! !): Abdruck einer Unterstützungserklärung für das TATblatt, verfaßt von Christian Michelides (HOSI-Aktivist, Autor in Lambda und Forum) und Gerhard Oberschlick (Forum-Herausgeber). Dabei ist darüber hinaus anzumerken, daß die Forum-Redaktion dem TATblatt Unterstützung gewährte.

Akin 23. Mai 1995 (nach Ebergassing !!) : Aufruf, daß sich alle, die von der Polizei zu Ebergassing befragt werden unter einer best. Telefonnummer melden sollen.

Verbindung mit dem Aufruf zur Wehrdienstverweigerung:

Akin 7. März 1995 : Hinweis der Redaktion, daß sich alle Angeklagten, die den Aufruf zur Wehrdienstverweigerung unterschrieben haben, bei der Gruppe der Totalverweigerer (Angabe der Telefonnummer) melden sollen.

3. DIE ALTERNATIVE

Dies ist die Zeitschrift der alternativen Gewerkschafter/innen, wobei auch dieser durch Einschaltungen eine Nähe zum TATblatt bescheinigt werden muß: Mai 1 1995 (nach Ebergassing !!): Abdruck einer Stellungnahme der TATblatt-Redaktion zu den Vorwürfen des linksextremen Terrors.

Weiters in der Ausgabe Mai 1995 ein Inserat der Akademischen Tafelrunde „Anarchia Randalia“ (linksanarchistische Vereinigung, bewußt im verfälschten Burschenschaftler-Jargon), die eine Einladung zu einer Diskussion über Burschenschaftler in den Räumlichkeiten des Kommunistischen Studentenverbandes ausspricht.

4. ZOOM

In der Nummer 1/96, Seite 3 wird ausgeführt, daß ZOOM eine Fusion aus EKG und ZAM ist. Auch am Titelblatt wird auf diese Feststellung Wert gelegt. Weiters wird erklärt, daß die Vorgängerzeitschriften an den Angriffen der politischen Gegner scheiterten. Weiter unten werden dann die Ermittlungen gegen den Revolutionsbräuher als Stapo-Skandal bezeichnet. Die Redaktionsteams von EKG und ZAM sind größtenteils auch in ZOOM vertreten.

Zur Erklärung des ideologischen Umfelds der Zeitschrift ZOOM (ZAM und EKG) sind einige Tatsachen zu erläutern:

In der Bürogemeinschaft Schottengasse 3 a, der Adresse von ZOOM und vormals von ZAM sowie EKG, sind laut Türschild beheimatet:

- . Antimilitaristische Gruppe Wien
- . ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit, war Herausgeber der ZAM und ist heute Herausgeberin von ZOOM. Der ARGE für Wehrdienstverweigerung ist auch das Netzwerk Gewissensfreiheit zuzuordnen, das unter anderem Rechtsbeistand und Beratung für Zivil-, Friedensdienst- und Totalverweigerer anbietet.
- . Deserteursberatung
- . Kritisches EG-Informationsbüro, war Herausgeber des EKG
- . Initiative Österreich ohne Heer
- . Service Civil International (SCI)
- . Gruppe für Totalverweigerer, Herausgeber der TV (Totalverweigerer) -News, Initiator der Aufrufe zur Wehrdienstverweigerung. Der erste Aufruf dieser Gruppe wurde 19911 gestartet. Dazu ein wörtliches Zitat: "... fordere ich alle auf,

Militär-gesetze nicht zu befolgen. Ich bin mir darüber klar, daß dies eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze ist."

ZAM

ZAM-Vorläuferin ist die Zeitschrift „Gewaltfreier Widerstand“, die 1987 den Artikel „Wenn der Strommast fällt“ mit Angaben über Erfahrungen bei Sabotagen publiziert hat.

ZAM wurde herausgegeben von der ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit und ist grundsätzlich antimilitaristisch eingestellt. Sie setzt sich seit Jahren mit der Wehrdienstverweigerung auseinander und hat 1993 einen Aufruf zur „aktiven Wehrkraftersetzung“, mit dem Ziel (Zitat) : „...das Bundesheer abzuschaffen und den Wehrwillen der österreichischen Bevölkerung kontinuierlich zu zersetzen“, erlassen.

Verbindung zum TATblatt durch Inserate:

TATblatt Inserat in ZAM 2/95

Das TATblatt veröffentlichte am 29. März 1995 eine Initiative der ARGE für Wehrdienstverweigerung (Herausgeberin der ZAM). Es handelte sich um eine Rücktrittsaufforderung für Minister Löschnak.

Verbindung zur Gruppe für Totalverweigerung:

ZAM 1/95 : Abdruck eines Bestellkupons für T-Shirts mit den Aufdrucken: „Wenn ich groß bin werde ich Totalverweigerin“ und „Verweigerung“. Als Bestelladresse ist die Gruppe für Totalverweigerung, Schottengasse 3A angeführt.

Inhalt:

ZAM 4/95 , S. 6: Aufruf zur Abfassung eines Briefes an diverse Abgeordnete, das Zivildienstgesetz betreffend. Zitat: Sollte die Einmonatsfrist nicht fallen, muß ich meinem Gewissen folgend die Waffe verweigern und werde eine Vorstrafe bekommen.

ZAM 4/95 , S. 9: Solidarisierung mit den Zeugen Jehovas. Zitat: Der Umgang mit den Zeugen Jehovas durch die Militärbehörden zeigt, wie schlecht es in Österreich um die Gewissensfreiheit unter der Wehrpflicht bestellt ist.

ZAM 4/95 , hinteres Deckblatt: Ankündigung des Verkaufs des sogenannten „Armeeabschaffungsweines“.

Die Zeitschrift erfährt eine breite Unterstützung durch die Grünen und die Grüne Bildungswerkstatt in Form zahlreicher Inserate.

EKG (Europa Kardiogramm)

Diese Publikation fährt eine Anti-Europa-Linie und wird herausgegeben von den Kritischen Europa Informationen, die sich an der selben Adresse wie die ARGE für Wehrdienstverweigerung und die Gruppe für Totalverweigerung (Schottengasse 3A) befindet.

Verbindung zum TATblatt durch Inserate:

Inserate des TATblatt im EKG: EKG 2/95, (2/94)

Inserate des EKG im TATblatt: TATblatt, 18.Jänner 1995, 12.April 1995

Verbindung zur Gruppe der Totalverweigerung:

EKG 1/95 : Abdruck eines Bestellkupons für T-Shirts mit den Aufdrucken: „Wenn ich groß bin werde ich Totalverweigerin“ und „Verweigerung“. Als Bestelladresse ist die Gruppe für Totalverweigerung, Schottengasse 3A angeführt.

Das EKG erfährt ebenfalls eine breite Unterstützung durch die Grünen in Form zahlreicher Inserate entweder direkt durch die Grünen oder die Grüne Bildungswerkstatt.

Darüber hinaus sollte die Förderung folgender Zeitschriften überdacht

werden :

ArbeiterInnenstandpunkt

Gegenständliche Zeitschrift ist das Organ der Partei „Gruppe Arbeiterstandpunkt“, österreichische Sektion der Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale (Trotzkisten). Ziel dieser Partei ist es unter

anderem ins Bundesheer zu gehen und dort zersetzend zu wirken bzw. sich im Gebrauch von Waffen ausbilden zu lassen.

(siehe auch unten : Zeitschrift RM (REVOLUTIONÄRER MARXISMUS))

Auf

Auf ist eine links-feministische Frauenzeitschrift mit Verbindungen zu den Zeitschriften UNITAT, Lambda und an.schläge, die durch diverse Inserate belegt sind. In der Ausgabe Juni 1995 finden sich im Zuge einer Buchbesprechung pornographische Darstellungen (masturbierende Frau).

Juridikum

Herausgeber von Juridikum ist Context - Initiative für freie Studien und brauchbare Information. Letztere gehört zur VAZ, der Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften, die auch u.a. Herausgeberin des Forum (vorübergehend neue Heimat des TATBlatts) ist und der auch das TATBlatt angehört. Die Verbindung zum linksextremen Spektrum ergibt sich u.a. aus Inseratentätigkeit des EKG im Juridikum. Außerdem veröffentlichte das Juridikum einen Spendenaufruf für die Zeitschriften AKIN, EKG, ZAM, UNITAT und Die Linke.

Herstellung und Versand wird laut Impressum durch den Verein „Infrastruktur“, der auch das TATBlatt vertreibt, durchgeführt.

Lambda Nachrichten

Schwulen und Lesben Zeitung, deren Herausgeber die homosexuelle Initiative Wien (HOSI) ist.

Verbindung zum TATblatt durch Inserate:

TATblatt-Inserat in den Lambda Nachrichten: Lambda.Nachrichten 2/95

Aus 2/95 pornographische Darstellungen gleichgeschlechtlicher Liebe.

1996: Fortsetzung der Blattlinie

Lambda2/96: Verunglimpfung von Bischof Laun, Bezeichnung als „Tunte“(S.24), Pornographie (S.65, 80,81)

Lambda 4/96 : Verunglimpfung des Bundespräsidenten (S.30)

RM (REVOLUTIONÄRER MARXISMUS)

RM wird wie die Publikation ArbeiterInnenstandpunkt herausgegeben von der Gruppe Arbeiterstandpunkt, bei der es sich offensichtlich laut eigenen Angaben im Impressum um eine politische Partei handelt, die ihrerseits Mitglied der LRKI (Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale) ist.

Inhalt:

RM 13/95 : Veröffentlichung des neuen Kapitels 5 des Trotzkistischen Manifestes, das am dritten Kongress der LRKI als Aktualisierung ihres internationalen Programmes angenommen worden ist.

Im Absatz „Von demokratischen Rechten zu einer wahren Arbeiterdemokratie“ wird die Zerschlagung des repressiven Staatsapparates, der das Werkzeug der Tyrannei gegen die Arbeiterklasse darstellt, gefordert. Das bestehende Heer und die Bürokratie sollen aufgelöst werden und durch eine revolutionäre Arbeiterarmee und Territorialmilizen ersetzt werden. (S. 11)

Weiter unten wird die parlamentarische Republik als untaugliches Instrument der Arbeitervertretung abgelehnt. (S. 13) Zur Ausübung der Staatsmacht sollen Arbeiterräte installiert werden, die die Vollziehung und die Gesetzgebung durchführen (S. 14). Schließlich wird festgestellt, daß die Arbeiterschaft sich bewaffnen und die Waffen auch einsetzen muß. (S. 20)

RM 15/95 : Abdruck einer Resolution der Nationalen Leitung der Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt, die am 24.5. 1995 verabschiedet wurde.

Es wird die Aufhebung des Anschlußverbotes an Deutschland gefordert, der Anschluß als demokratisches Recht bezeichnet. Als politische Losung wird „Für ein rotes Räte-Gesamtdeutschland“ vorgeschlagen.

RM 18/96: Abdruck einer Eigendefinition der Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt unter dem Titel „Wofür wir stehen“. (S. 51)

Wörtliche Auszüge: „Wir sind für die Enteignung der Kapitalistenklasse und die Abschaffung des Kapitalismus. Nur die sozialistische Revolution und die Zerschlagung des kapitalistischen Staates kann zu diesem Ziel führen. Nur die ArbeiterInnenklasse, die von einer revolutionären Partei geführt wird und die in ArbeiterInnenräten und -milizen organisiert ist, kann eine solche Revolution zum Sieg führen. Wir verbinden dazu den Kampf für unser Programm mit der aktiven Beteiligung an Kämpfen und Bewegungen.“

UNITAT

Dies ist die Zeitung des Kommunistischen Studentenverbandes, deren Verbindung zum TATBlatt durch den Artikel aus 4/1994 „Kein Maulkorb für das TATBlatt“ belegt erscheint.

Da der Ministerratsvortrag vom 18. Oktober 1996 von Bundeskanzler Dr. Vranitzky eingebracht wurde, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

Anfrage:

1. Sind Ihnen die Inhalte der genannten Zeitschriften bekannt?
2. Teilen Sie die politischen Ansichten der herausgebenden Gruppen mit allen Konsequenzen für die demokratische Republik Österreich?
3. Wollen Sie Medien fördern, die mit Publikationen kooperieren, die zu Gewalt gegen die Republik oder zur Wehrdienstverweigerung auffordern?
4. Halten Sie die Förderung dieser Zeitschriften in Anbetracht der von diesen beabsichtigten Polarisierung der österreichischen Bevölkerung tatsächlich für demokratiepolitisch und im Sinne einer wehrhaften Demokratie vertretbar?
5. Steht es für Sie „Zensur“ dar, solche Zeitschriften, die zum Teil den Boden der Verfassung verlassen haben, nicht zu fördern?
6. Wie definieren Sie den Begriff „Zensur“?
7. Ist Ihnen bekannt, wie das Innenministerium die genannten Zeitschriften und deren Herausgeber beurteilt?
8. Wenn ja, wie sind diese Beurteilungen ausgefallen?

9. Wenn nein, wieso beobachtet die Staatspolizei dieses linksextreme gewaltbereite Spektrum nicht?

10. Sind Sie bereit, die gesamte Publizistikförderung zu gefährden, nur um linksradikale, linksanarchistische oder linksalternative Zeitschriften fördern zu können?

11. Stimmt die juristische Auslegung, wonach der Publizistikförderungsbeirat lediglich ein Gutachten abgibt, die Bundesregierung jedoch allein über die Förderung entscheidungsbefugt ist?

12. Warum haben Sie heuer neuerlich beantragt, die Zeitschriften an.schläge und ZOOM, die Nachfolgezeitschrift von EKG und ZAM, die durch Fusion dieser Zeitschriften entstand, zu fördern, obwohl die Bundesregierung bereits im Vorjahr von einer Förderung dieser Zeitschriften Abstand genommen hat?

13. Wie beurteilen Sie als Vorsitzender der Bundesregierung die Förderung der an.schläge durch Inserate des Bundesministeriums für Gesundheit und Konsumentenschutz und des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Gesellschaft mit dem Inserenten TATblatt?